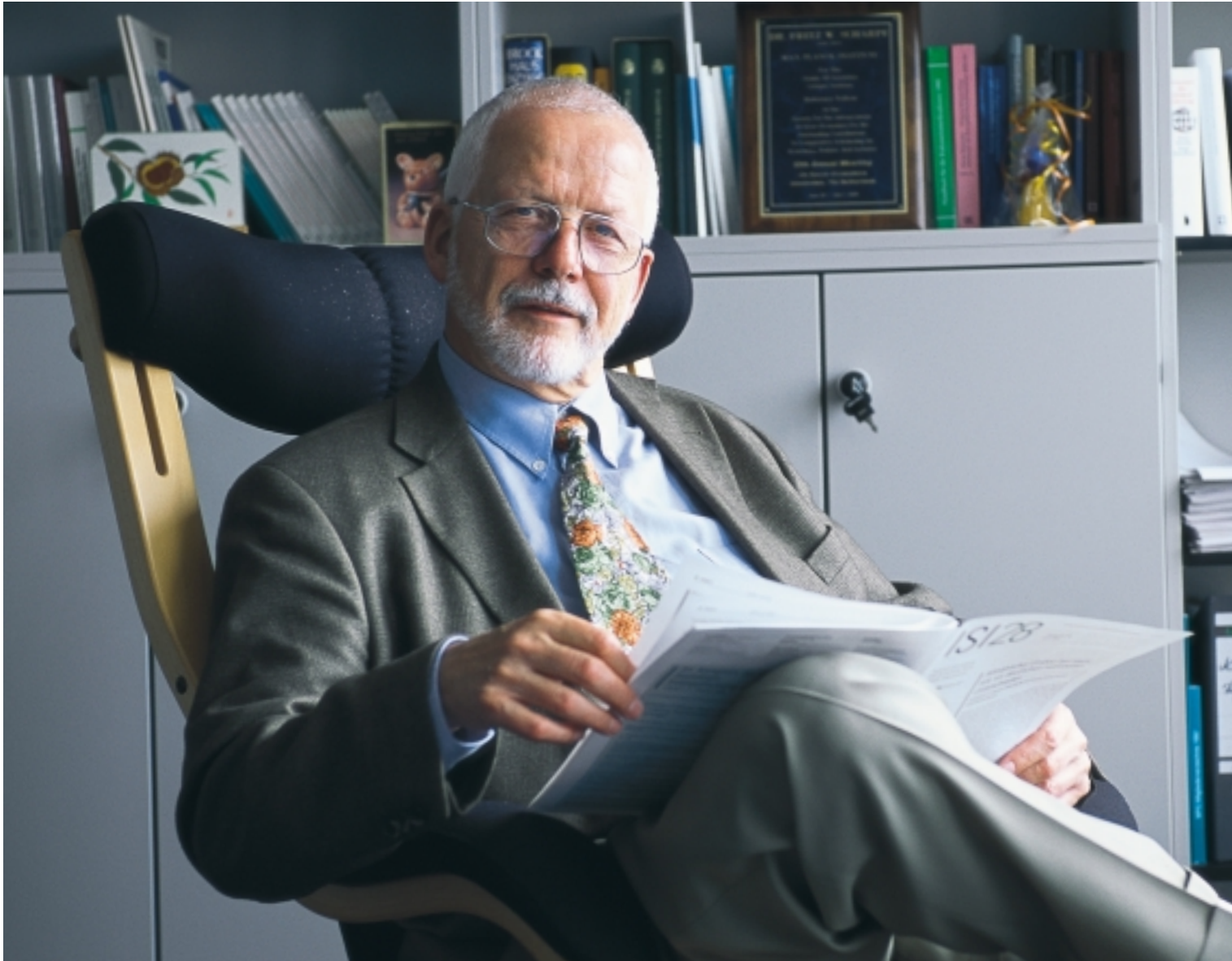


Fritz W. Scharpf



Er wurde vor zwei Jahren als erster Europäer mit dem hoch angesehenen Johan-Skytte-Preis für Politikwissenschaft ausgezeichnet – aber schon vorher zählte PROF. FRITZ W. SCHARPF, Direktor am Kölner MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG, zu den renommiertesten Sozialwissenschaftlern in Europa, dessen Analysen bei Kollegen und Politikern Beachtung finden.

Profilierungssucht ist ihm fremd. Schnelle Kommentare zur Tagespolitik oder 30-Sekunden-Statements in den Wahlstudios der Fernsehsender überlässt Fritz W. Scharpf lieber anderen. Der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln gehört zu jenen Vertretern seines Fachs, die jedes Wort sorgfältig abwägen. Wer mit ihm ins Gespräch kommt, erlebt

einen nachdenklichen Wissenschaftler. Oberflächlichkeit mag er gar nicht, ebenso wenig die Reduzierung des Politischen auf Personen oder Pa-rolen. Gelegentlich bricht Scharpf mitten im Satz ab und beginnt noch einmal neu, um seinen Gedanken zu präzisieren und druckreif zu formulieren.

Scharpfs Reformvorschläge, etwa zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, haben in jüngster Zeit einige Resonanz gefunden. Er selbst weiß, dass seine Ideen nicht gerade populär sind bei denen, die Wahlen gewinnen wollen. Zum Beispiel sein – radikal anmutendes – Plädoyer für höhere Einkommenssteuern. Fast alle Parteien versprechen Steuersenkungen, aber Fritz Scharpf hält die Senkung gerade dieser Steuer angesichts der enormen Ausgabenbelastungen für ökonomisch unvernünftig. Stattdessen fordert er eine Senkung der Sozialabgaben, um Arbeit attraktiver zu machen und mehr Jobs zu schaffen. Bereits zwei Jahre vor der Hartz-Kommission schlug Scharpf in einem Beitrag für die Zeit vor, die niedrigen Einkommen von Sozialabgaben zu befreien, um damit den Dienstleistungssektor anzukurbeln.

Doch statt mit Zauberformeln wie der „Ich-AG“ zu operieren, verweist der 67-jährige Wissenschaftler lieber auf die Ergebnisse seiner großen vergleichenden Untersuchung der Erfolge und Misserfolge in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik von zwölf Industriestaaten während der vergangenen drei Jahrzehnte. Sie hat gezeigt: „Unser Defizit liegt nicht in Bereichen, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, sondern bei den Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Haushalte und Freizeit, die lokal angeboten und konsumiert werden. Da sind die Schweden oder Dänen, aber auch die Schweizer, Holländer und Briten

sehr viel weiter – deshalb ist dort die Beschäftigungsquote höher.“

Seine Analysen finden Beachtung, aber Scharpf versteht sich nicht als Politikberater, sondern als Grundlagenforscher, wie es der Ausrichtung des Max-Planck-Instituts entspricht. Sein Verhältnis zur Politik formuliert er zurückhaltend: „Als Wissenschaftler können wir die Ursachen von Problemen und die Wirksamkeit eingesetzter Maßnahmen untersuchen und erklären.“ Zugleich könne gerade die vergleichende Politikforschung zeigen, welche institutionellen Bedingungen in welchen Ländern die Durchsetzung effektiver Lösungen erschweren oder erleichtern. Zur Aufgabe der Sozialwissenschaft gehöre es auch, die Ergebnisse ihrer Forschung so darzustellen, dass sie von der Öffentlichkeit verstanden und von den politisch Handelnden und ihren Beratern aufgenommen werden können. „Wenn wir gefragt werden, geben wir auch unseren Rat. Aber das ist eher selten und gehört nicht zu unserem eigentlichen Geschäft. Im Prinzip ist es Sache der Politik, ob und wann sie von unseren Forschungsergebnissen Gebrauch machen will.“

EUROPA HAT NOCH KEINE IDENTITÄT

Unzählige Minister und sieben Kanzler, von Adenauer bis Schröder, hat der Politologe kommen und gehen sehen. Für Willy Brandt empfand er wohl die meiste Sympathie, aber sein wissenschaftliches Interesse galt immer den von der Person des Kanzlers unabhängigen besonderen Schwierigkeiten des Regierens im deutschen Föderalismus. Nach vier Jahren sei „Rot-Grün“ blockiert, aber „Schwarz-Gelb“ käme vermutlich auch nicht viel weiter. Deshalb hielte er für die nächsten vier Jahre eine große Koalition für die beste Option. So wie 1966, als der Sozialdemokrat

Karl Schiller ein fertiges Konzept für eine neue Wirtschaftspolitik vorlegen konnte, und die Regierung stark genug war, um sich gegen Bedenkenträger in allen Lagern durchzusetzen. „Eine Große Koalition ist manchmal die einzige Möglichkeit, über Vetopositionen hinwegzugehen und Stillstand zu überwinden“, sagt Scharpf.

Gibt es noch andere Auswege aus der Blockade? Die Erfahrung lehre, dass auch akute Krisen den Widerstand gegen Veränderungen überwinden können. Erst auf dem Höhepunkt der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche habe die Bundesregierung ihre Agrarpolitik geändert und ein Verbraucherschutzministerium eingerichtet. Auch die Hartz-Kommission habe ihre Chance erst nach dem skandalösen Fehlverhalten der Arbeitsämter erhalten. „Deutschland braucht immer wieder Katastrophen und Skandale, um Reformen möglich zu machen“, so das ernüchternde Fazit des Politologen.

Wie sieht er selbst seinen Forschungsgegenstand, die Politik? Wenn man von den besonderen Schwierigkeiten der deutschen Verfassung absieht, glaubt Scharpf durchaus an ihre Gestaltungskraft, betont aber zugleich deren Grenzen unter den Bedingungen der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung und globaler Kapitalmärkte. Die „demokratische Zivilisierung des dynamischen Kapitalismus“ sei schwieriger geworden. Die Nationalstaaten allein seien weniger als früher in der Lage, das kollektive Schicksal ihrer Bürger zu gestalten. Aber auch die Europäische Union verfüge noch nicht über Institutionen, die in der Lage wären, die Folgeprobleme der wirtschaftlichen Integration zu bewältigen.

Scharpf ist überzeugter Europäer. Die Chancen und Risiken der weiteren Integration schätzt er dennoch

vorsichtig ein. Sein jüngstes Buch „Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?“ ist auch eine Fehleranalyse der europäischen Politik. Der Forscher richtet hier den Fokus auf die mangelnde Legitimität und Problemlösungsfähigkeit europäischer Herrschaftsstrukturen. Seine Kernthese: Europa ist noch weit entfernt von einer politisch belastbaren kollektiven Identität. Der Beitritt neuer Mitgliedsstaaten aus Osteuropa werde das Problem noch verschärfen. Erfolge habe die Union zwar bei der Schaffung eines gemeinsamen Markts und einer Einheitswährung vorzuweisen, aber sie sei noch nicht reif für Mehrheitsentscheidungen in Fragen der Beschäftigungs-, Sozial- oder Bildungspolitik, welche die Interessen und Lebenspläne der Bürger unmittelbar berühren. Daran ändere es auch nichts, dass die Kompetenzen des Europäischen Parlaments durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam beträchtlich erweitert wurden. „So lange eine starke kollektive Identität fehlt, können unpopuläre Entscheidungen auch nicht durch Mehrheitsvoten des Europäischen Parlaments legitimiert werden“, sagt Scharpf. Mit anderen Worten: Europa muss erst enger zusammenwachsen, bevor Brüssel die nationalen Regierungen wirksam entlasten könnte.

Fritz Scharpf ist ein überaus vielseitiger Forscher – promovierter Volljurist und gelernter Politik- und Verwaltungswissenschaftler, im Verfassungsrecht ebenso zu Hause wie in der politischen Ökonomie. Seine

Bücher und Aufsätze, fast immer zuerst auf Englisch publiziert, werden international wahrgenommen, die Liste seiner Veröffentlichungen ist lang. Über Entscheidungsprozesse in der deutschen Ministerialbürokratie hat er geforscht, über den deutschen Föderalismus und die europäische Integration, über die Krisenpolitik sozialdemokratischer Länder in den siebziger Jahren, über die Anwendungsmöglichkeiten der Spieltheorie in der empirischen sozialwissenschaftlichen Forschung – und zuletzt über Anpassung hoch entwickelter Sozialstaaten an die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung.

„AMERIKANISCHE LITERATUR FÖRMILICH AUFGESOGEN“

Aus einer bildungsfernen Gärtnerfamilie in Schwäbisch Hall stammend, war Scharpfs Weg in die Wissenschaft nicht vorgezeichnet. Als Student der Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft in Tübingen und Freiburg hatte er eigentlich eine Karriere im Staatsdienst anstreben wollen. Dass es anders kam, hatte mit seinem Umweg in die Vereinigten Staaten zu tun. Aufgewachsen in der amerikanischen Zone, hatte er als Teenager „die amerikanische Literatur förmlich aufgesogen“, wie er sagt. Als Fulbright-Stipendiat konnte er dann 1955/56 Politikwissenschaft an der Yale University studieren. Eine sehr humane, liberale Gesellschaft habe er damals an der amerikanischen Ostküste kennen gelernt. „Die soziale Ungleichheit schien überwunden. Auch die Arbeiter hatten ein Selbstbewusstsein, das man sich in Deutschland nicht vorstellen konnte.“

Nach dem ersten juristischen Staatsexamen kehrte er für ein weiteres Studienjahr zurück und erwarb in Yale 1961 den Master of Law. Den Beginn der Präsidentschaft von John F. Kennedy erlebte Scharpf als „eine Periode, in der man glauben konnte, dass die Politik die Welt vernünftig gestalten kann“. Entscheidend für seinen Weg in die Wissenschaft war dann 1964 das Angebot einer zweijährigen Assistenzprofessur an der Yale Law School, wo

er amerikanisches und vergleichendes Verfassungsrecht lehrte. „Ich hätte in Amerika bleiben können“, sagt der Forscher über diese wichtige Lebensphase. Doch die Rufe auf Lehrstühle in Yale und in Chicago schlug er aus, um sich in Freiburg zu habilitieren: „Ich dachte, ich gehöre nach Deutschland.“

Schon in seiner von Arnold Bergstraesser und Horst Ehmke betreuten Freiburger Promotionsarbeit über die „Political Question Doctrine“ des Supreme Court hatte er die Vorzüge des amerikanischen Verfassungsrechts analysiert, in dem die Richter die Verantwortung des demokratisch legitimierten Gesetzgebers bei bestimmten „politischen Rechtsfragen“ respektieren müssen. Sein darauf gestützter Aufsatz im YALE LAW JOURNAL ist inzwischen ein Klassiker, der in den Vereinigten Staaten noch immer zur Pflichtlektüre für Juristen zählt. Wie aktuell das Thema bei uns ist, zeigt sich an der Diskussion über die jüngsten Entscheidungen der Karlsruher Richter zu Fragen wie der Wehrpflicht oder der Zuwanderung. Sein Habilitationsvorhaben, eine breiter angelegte, vergleichende Untersuchung über das Verhältnis von Politik und Justiz in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik, fand allerdings ein vorzeitiges Ende, als ihn 1968 der Ruf auf einen Lehrstuhl im Fachbereich Politikwissenschaft an der neu gegründeten Universität Konstanz erreichte.

Obwohl damit ein Wechsel von der Rechtswissenschaft zur Politikwissenschaft notwendig wurde, zögerte er nicht, denn mit dem Ruf war der Auftrag verbunden, an der Reformuniversität einen für Deutschland neuartigen verwaltungswissenschaftlichen Studiengang zu entwickeln. In Konkurrenz zur juristischen Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst basierte das Konstanzer Programm auf einem interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Grundstudium unter Einbezug der Politikwissenschaft, der Rechtswissenschaft, der Wirtschaftswissenschaften und der Soziologie. Das neue Konzept war



von Anfang an erfolgreich. „Unsere Absolventen hatten auch später nie Probleme auf dem Arbeitsmarkt“, sagt Scharpf, der seiner alten Universität auch heute noch als Honorarprofessor verbunden ist.

Im Jahr 1973, als die Aufbauphase in Konstanz abgeschlossen war, wechselte der nunmehrige Politikwissenschaftler ans Berliner Wissenschaftszentrum, wo er einen Schwerpunkt der international vergleichenden Policy-Forschung aufbaute. Dort amtierte er bis 1984 als Direktor des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung. Bereits in Konstanz, von wo aus er (schon damals zusammen mit Renate Mayntz) Organisationsuntersuchungen in der Ministerialverwaltung des Bundes durchführte, hatte der Wissenschaftler enge Kontakte zur Politik – was sich in Berlin fortsetzte, wo etwa das Arbeitsministerium und die Gewerkschaften zu den Abnehmern der Forschungsergebnisse des Instituts zählten. Doch an einem Sprung in die Politik hatte Scharpf, seit 1959 SPD-Mitglied, kein Interesse. Horst Ehmke, sein akademischer Mentor und später der Kanzleramtsminister und Forschungsminister von Willy Brandt, hätte den jungen Wissenschaftler wohl gerne nach Bonn geholt.

SCHARPF UND MAYNTZ – EIN STARKES TEAM

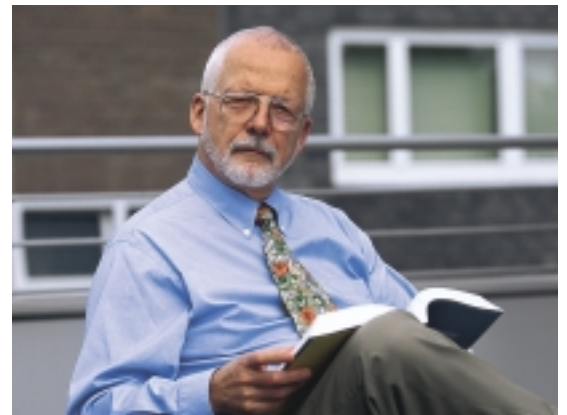
Das Jahr 1984 brachte dann erneut eine Zäsur. „Ich wollte nun wieder selbst forschen und nicht nur die Forschung anderer anleiten und unterstützen“, sagt er. So schlug Scharpf einen Ruf an das Europäische Hochschulinstitut in Florenz aus und arbeitete zwei Jahre lang an einem Ein-Mann-Projekt über die Krisenpolitik sozialdemokratischer Regierungen in den siebziger Jahren.

Im Jahr 1986 kam dann das Angebot von Renate Mayntz, mit ihr zusammen das neue Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln aufzubauen. Der durch mehrere positive Evaluierungen und durch die steilen akademischen Karrieren vieler Mitarbeiter bestätigte Erfolg dieses

Instituts hat sich nach der Emeritierung von Mayntz in der Partnerschaft mit Wolfgang Streeck bruchlos fortgesetzt. Scharpfs eigene Arbeiten am neuen Institut galten zunächst den theoretischen Grundfragen einer politikwissenschaftlichen Analyse des Verhältnisses zwischen gesellschaftlichen Problemen und staatlicher Politik und den methodischen Voraussetzungen, unter denen spieltheoretische und verhandlungstheoretische Modelle in der empirischen Politikforschung eingesetzt werden können. Zusammen mit Renate Mayntz formulierte Scharpf auf dieser Grundlage den inzwischen weit hin akzeptierten Ansatz des „akteurzentrierten Institutionalismus“.

Von diesen methodischen Arbeiten profitierten die gleichzeitig in Angriff genommenen Analysen der europäischen „Mehrebenenpolitik“ ebenso wie Scharpfs wichtigstes empirisches Projekt der vergangenen Jahre: die internationale Vergleichsstudie zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung in zwölf hoch entwickelten Sozialstaaten. Die Max-Planck-Gesellschaft bedachte dieses Projekt mit einer finanziellen Starthilfe. Auf der Hauptversammlung im Juni 2000 in München trug Scharpf die Ergebnisse der Studie vor, die unter dem Titel „Welfare and Work in the Open Economy“ in zwei Bänden bei der Oxford University Press erschien. Beachtung fand das Projekt nicht zuletzt deshalb, weil dadurch die charakteristischen Defizite der kontinentaleuropäischen Sozialstaaten im Vergleich sowohl zu den angelsächsischen als auch zu den skandinavischen Ländern genau identifiziert und erklärt werden konnten.

Inzwischen zählt Scharpf, Mitglied der British Academy und der American Academy of Arts and Sciences, zu den renommiertesten Sozialwissenschaftlern in Europa. Im September 2000 wurde ihm eine besondere Ehre zuteil: Er erhielt als erster Europäer den Johan-Skytte-Preis für Politikwissenschaft der Universität Uppsala. Dass die prestigeträchtige,



mit 400 000 Kronen (etwa 40 000 Euro) dotierte Auszeichnung mit dem Diplomaten und Prinzenenerzieher Johan Skytte (1577 bis 1645) verknüpft ist, freut den Preisträger auch wegen der Beziehung zum eigenen Konstanzer Reformprogramm: Der enge Vertraute von König Gustav Adolph gründete 1622 einen Lehrstuhl für Rhetorik und Regierungskunst, gedacht als Kadenschmiede für hohe Beamte, der heute als älteste Professur für politische Wissenschaft gilt.

Die Schweden sind aber nicht die einzigen, die Scharpfs Verdienste würdigen. Am 7. November dieses Jahres wird der scheidende Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts den mit 15 000 Euro dotierten Schader-Preis erhalten. In der Begründung heißt es, Scharpf werde für sein „vorbildliches Engagement“ im wissenschaftlichen Dialog mit der Politik geehrt.

Ein paar Monate noch, dann muss Fritz Scharpf sein Direktorenbüro im neuen Institutsgebäude in der Kölner Innenstadt räumen, weil er mit 68 Jahren die Altersgrenze erreicht hat. Was er dann tun wird? So genau weiß er das noch nicht, aber langweilig dürfte es ihm kaum werden. Alte Leidenschaften wie die Fotografie will er neu für sich entdecken. Ausnahmsweise will er erst einmal kein neues Buch schreiben. Statt täglich in sein Institut zu fahren, kann er sein Haus auf einer Anhöhe zwischen Köln und Bonn genießen. „Dort oben ist die Luft auch viel besser als in der Stadt“, sagt Scharpf lächelnd.

CHRISTIAN MAYER